

Investitionsstau stellt eine Art von Schulden dar

Interview mit Gerhard Schick (39), Finanzexperte der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Zu aktuellen Fragen der Kommunalfinanzien Stellung genommen hat in einem Redaktionsgespräch mit unserer Zeitung Gerhard Schick (39), finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen. Der promovierte Finanzwissenschaftler lebt in Mannheim.

Um die einzige eigene Steuerquelle der Kommunen, die Gewerbesteuer, gibt es heftige Auseinandersetzungen. Wie ist Ihre Position?

Wir wollen die Gewerbesteuer nicht abschaffen, denn das würde die kommunalen Finanzen massiv gefährden. Sondern wir wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Denn sie ist in ihrer jetzigen Form zu schwankend, abhängig vom Konjunkturverlauf. Das haben die Kommunen jüngst wieder gespürt.

Wie wollen Sie die Gewerbesteuer verändern?

Wir wollen sie auf eine breitere Grundlage stellen. Der Kreis derer, die sie zu zahlen haben, muss erweitert und die Bemessungsgrundlage weiter gefasst werden. Sie muss stärker an der Wertschöpfung orientiert sein, weniger am Ertrag. Damit würde man die Schwankungen eindämmen.

Wer sollte denn Gewerbesteuer zahlen, der es jetzt noch nicht tut?

Der klassische Begriff des Gewerbetreibenden trifft in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft nicht mehr wirklich

zu. Da muss man zu einer neuen Struktur kommen. Wichtig ist aber immer: Es braucht eine wirtschaftsbezogene Steuer der Kommunen. Die ist nicht ohne Grund in der Verfassung verankert. Ich kann die Arbeitgeber nur warnen, die meinen, alles sei besser als die Gewerbesteuer. Das, was das Bundesfinanzministerium als Vorschlag vorgelegt hat, ist eindeutig schlechter. Es würden zum Beispiel viele bürokratische Lasten auf die Arbeitgeber zukommen. Und es brächte Nachteile gerade für Kommunen in strukturschwachen Regionen wie dem Weserbergland.

Derzeit profitieren die Kommunen von den Konjunkturpaketen. Was passiert aber nach deren Auslaufen? Sollen sich die Kommunen weiter verschulden, um in die örtliche Wirtschaft zu investieren und den Weg aus der Krise zu beschleunigen?

Man kann solche Konjunkturpakete nicht

ewig weiterführen. Was wir an Staatsschulden in der Krise aufgebaut haben, das ist nicht nachhaltig. Was passieren kann, sehen wir in anderen Ländern. Gleichzeitig gibt es aber einen großen Investitionsstau in vielen Kommunen, vor allem bei Instandhaltungen. Die stellen ja auch eine Art von Schulden dar. Deshalb ist es ei-

ne wichtige Aufgabe, die Investitionskraft der Kommunen zu stärken. Und das muss durch eine Stärkung der kommunalen Einnahmesituation erfolgen.

Wie würden die Grünen das bewerkstelligen?

Das erste ist: Keine weiteren Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen. Die Hälfte der Einnahmerückgänge der Kommunen der vergangenen Jahre hat nichts mit der Konjunktur, sondern mit Steuerrechtsänderungen zu tun. Zweitens: Es muss dadurch verhindert werden, dass bei Leistungs- und Steuergesetzen immer wieder die Interessen der Kommunen unter den Tisch fallen. Daher müssen wir die Stimme der Kommunen auf der Bundesebene stärken. Etwa durch eine

Mitsprache bei der Gesetzgebung. Und das dritte: Die Einnahmesituation strukturell verbessern, durch die vorhin angesprochene Verbreiterung der Gewerbesteuer und eine Reform der Grundsteuer.

Sie wollen eine ökologische Grundsteuer. Was bedeutet das?

Heutzutage wird viel Grünland zugebaut, weil es billiger ist, als Brachflächen in den Innenstädten zu nutzen. Das halten wir ökologisch nicht für sinnvoll, übrigens schadet es häufig auch der Entwicklung der Innenstädte. Mit der Grundsteuer könnte man lenkend eingreifen.

In Niedersachsen ist das so genannte Konnexitätsprinzip in der Verfassung verankert – wenn das Land den Kommunen eine Aufgabe zuweist, muss sie angemessenes Geld dafür an diese weitergeben. Können Sie sich so etwas auch im Bund vorstellen?

Ja, ich halte das für notwendig. Denn es hat sich gezeigt, dass die Länder die Interessen der Kommunen auf Bundesebene nicht ausreichend vertreten, obwohl das ihre Aufgabe wäre. Auch die niedersächsische Landesregierung hat im Bundesrat bei allen Gesetzen fleißig mit Ja gestimmt, die den Kommunen noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. Das in der Landesverfassung verankerte Prinzip funktioniert also an dieser Stelle nicht. Darauf muss man reagieren.



Schaumburger

Nachrichten

18.08.2010